



Antrag

der Fraktion der SPD

Bürgerschaftliches Engagement würdigen – Erstattungen für ehrenamtliche Jugendarbeit vereinfachen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Landesverordnung über die Freistellung für ehrenamtliche Mitarbeit in der Jugendarbeit so anzupassen, dass die Erstattung des Verdienstausfalls für die ehrenamtliche Jugendarbeit nach erfolgter Teilnahme an einer Maßnahme mit der Verdienstbescheinigung ermöglicht wird.

Begründung:

Mit der aktuellen Landesverordnung über die Freistellung für ehrenamtliche Mitarbeit in der Jugendarbeit ist eine Erstattung des Verdienstausfalls nur möglich, wenn vor Beginn einer Maßnahme die Erstattung des Verdienstausfalls beantragt wird. Dies hat zur Folge, dass im Nachgang eingereichte Unterlagen zur Erstattung des Verdienstausfalls für die ehrenamtliche Jugendarbeit keine Berücksichtigung finden. Ein besonders nachteiliger Fall war den Kieler Nachrichten über mehrere Berichte im Februar 2018 zu entnehmen.

Um bürgerschaftliches Engagement als Säule der Zivilgesellschaft zu würdigen sowie die ehrenamtliche Jugendarbeit zu unterstützen und zu stärken, sollte die Beantragung des Verdienstausfalls über die Landesverordnung entsprechend vereinfacht und nach abgeschlossener Teilnahme an einer Maßnahme ermöglicht werden. Dies würde zur deutlichen Bürgerfreundlichkeit beitragen und die Verwaltungen in den Jugendämtern nur durch eine einmalige statt mehrfache Prüfungen der Unterlagen entlasten.

Özlem Ünsal
und Fraktion

Tobias von Pein